Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 31.05.2016

Neubau Dienstleistungszentrum -PV- und Heizungsanlage

PV-Anlage:

Seit Beginn der Planungen für das neue Dienstleistungszentrum in der Bahnhofstraße 8 gibt es Überlegungen eine PV-Anlage auf dem Dach des Gebäudes zu installieren. Diese Möglichkeit wurde auch bereits mit dem Landesamt für Denkmalpflege besprochen. Das Denkmalamt hat hierzu ausgesagt, dass man flachliegende PV-Module installieren kann, die von der Straße aus nicht zu sehen sind.

Der beauftragte Elektroplaner, das Büro ib/h2 aus Reutlingen, hat daraufhin 5 verschiedene Varianten ausgearbeitet und untersucht.

Das Büro ib/h2 wird die einzelnen Varianten in der Sitzung vorstellen und Fragen dazu beantworten.

Die Verwaltung schlägt vor beim Neubau des Dienstleistungszentrums in der Bahnhofstraße 8 die Installation einer PV-Anlage entsprechend Variante 2a durchzuführen. Bei Variante 2a wird der beste Kosten/Nutzenfaktor erzielt. Bei Variante 2a erzielt man z.B. den höchsten Eigenverbrauch, was zur Reduzierung der Stromkosten im laufenden Betrieb führt. Bei Variante 2a erreicht die beste Bilanz aller 5 Varianten.

Die Kosten für die Variante 2a belaufen sich voraussichtlich auf 63.648,00 €. Diese Kosten sind bislang in der Kostenschätzung noch nicht enthalten. Die Kosten für die PV-Anlage werden nach einem erfolgten Beschluss in die fortgeschriebene Kostenberechnung, die im Juli dem Gremium vorgestellt werden soll, aufgenommen.

Heizungsanlage:

Bereits 2012 wurde ein erstes Energiekonzept vom Ingenieurbüro Wienand aus Reutlingen erarbeitet. Damals wurden 5 verschiedene Varianten untersucht.

➤ Variante 1:

Gas-Brennwertkessel und Gasmotor-Wärmepumpe

➤ Variante 2:

Gas-Brennwertkessel und Luft-Wärmepumpe

➤ Variante 3:

BHKW (Erdgasbetrieben für Grundlast) und einen Gas-Brennwertkessel (Spitzenlast)

➤ Variante 4:

Pelletkessel mit Puffer

➤ Variante 5:

Gas-Brennwertkessel und Geothermie

Mit der Sanierung der Schlossscheuer hat sich die Gemeinde Gomaringen dann dafür entschieden dass die Heizung der Schlossscheuer sowie das Wohnhaus Lindenstraße 48 zusammen mit dem Dienstleistungszentrum eine gemeinsame Heizungszentrale in der Bahnhofstraße 8 erhalten sollen.

Als Konsequenz daraus kamen dann nur noch 2 Varianten von Heizsystemen in Frage.

➤ Variante 1:

BHKW (Erdgasbetrieben für Grundlast) mit einem Gas-Brennwertkessel für die Spitzenlast und einem Pelletkessel mit Puffer.

➤ Variante 2:

Pelletkessel mit Puffer und einem Gas-Brennwertkessel für die Spitzenlast.

Für den Umbau der Schlossscheuer wurde vorab bereits der Gas-Brennwertkessel in der Bahnhofstraße 8 installiert. Dieser beheizt nun seit dem Einzug der Bücherei und des Gemeindeverwaltungsverbands das Gebäude Schlosshof 6 (Schlossscheuer) und das Wohnhaus Lindenstraße 48.

Am 01.09.2015 wurde dem Gremium ein aktualisiertes Energiekonzept bestehend aus 2 Varianten vorgestellt.

➤ Variante 1:

BHKW (Erdgasbetrieben für Grundlast) mit einem Gas-Brennwertkessel und einer Kombination aus Hackschnitzel- und Pelletkessel.

➤ Variante 2:

Gas-Brennwertkessel für die Spitzenlast und einer Kombination aus Hackschnitzel- und Pelletkessel.

Es wurde auch dargestellt welche Befeuerungsart man verwenden könnte (Pellets oder Hackschnitzel). In diesem Zusammenhang hat man auf der Besichtigungsfahrt vom 24.10.2015 eine Pelletanlage in Mössingen und eine Hackschnitzelanlage in Burladingen besichtigt. Es hat sich gezeigt, dass bei einer Befeuerung mit Hackschnitzeln der Betrieb der Heizungsanlage aufwendiger ist. Man muss die Anlage zum Beispiel häufiger kontrollieren und benötigt eine größere Menge an Hackschnitzeln. Auf Grund der erforderlichen Qualität der Hackschnitzel sowie der Trocknung und Lagerung kommt eine Befeuerung mit eigenen Hackschnitzeln nicht in Betracht.

Für die Heizungsanlage mit BHKW wurde versucht noch andere Abnehmer zu finden. Da wir jedoch einen sehr engen Zeitplan haben kam aus Sicht der Verwaltung nur das geplante Gebäude der Kreisbau an der Ecke Bahnhofstraße/Hinterweilerstraße in Betracht. Von Seiten der Kreisbau bestand zunächst auch Interesse sich an die Heizungsanlage anzuschließen. Daraufhin wurden vom Büro Wienand die Kosten für einen Anschluss des Kreisbaugesäudes ermittelt. Das Büro Wienand ermittelte Anschlusskosten in Höhe von ca. 288.000,00 € netto, die allein der Anschluss für das Kreisbaugesäude kosten würde. Der Hauptgrund für die hohen Kosten liegt in der langen Verbindungsleitung zwischen den Gebäuden (ca. 250 m). Da dies für die Gemeinde zusätzliche Kosten wären, wurde der Kreisbaugesellschaft mitgeteilt, dass diese die gesamten Mehrkosten die der Gemeinde entstehen würden (288.000,00 € netto) übernehmen müssten. Die Kreisbaugesellschaft hat sich nach internen Besprechungen mit Architekten und Fachplanern auf Grund der hohen Kosten dafür entschieden nicht an die Heizungsanlage des neuen Dienstleistungszentrums anzuschließen.

Aus den genannten Gründen

- Vorinstallation Schlossscheuer
- Kein weiterer Abnehmer (Kreisbau)
- Mehraufwand Hackschnitzel

schlagen die Fachplaner und die Verwaltung vor für das neue Dienstleistungszentrum einen Pelletkessel für die Grundlast und für die Spitzenlast einen Gas-Brennwertkessel (der bereits eingebaut ist) vorzusehen.

Der Gemeinderat fasste nachstehenden Beschluss einstimmig:

1. Beim Neubau des Dienstleistungszentrums soll eine PV-Anlage entsprechend der vorgestellten Variante 2a vorgesehen werden.
2. Als Heizungsanlage für das neue Dienstleistungszentrum soll ein Pelletkessel mit einem Gas-Brennwertkessel für die Spitzenlast vorgesehen werden.

Wegesanierung Friedhof Gomaringen
Gehwegsanierung Hechinger Straße
-Vergabe Straßenbauarbeiten

Die Firma Schneider aus Haigerloch wird mit den Straßenbauarbeiten für Los 1 und Los 2 zu einem **Bruttogesamtbetrag von 55.133,14 €** beauftragt.

Die Übertragung der Haushaltsmittel aus 2015 in Höhe von 7.000,00 € für die Wegesanierung im Friedhof Gomaringen werden genehmigt.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die oben genannte Vergabe.

Mängelbeseitigung Sport- und Kulturhalle
-Vergleichseinigung-

Am 03.05.2016 fand vor dem Landgericht Tübingen eine erneute Güteverhandlung zur Mängelbeseitigung in der Sport- und Kulturhalle statt. Entsprechend dem nicht-öffentlich gefassten Beschluss vom 26.01.2016 hat die Verwaltung bezüglich des Vergleichsvorschlags nachverhandelt.

Bei dem Termin konnte die Verwaltung alle Forderungen des Gemeinderats durchsetzen. Die Sanierung der Sport- und Kulturhalle sieht nun folgende Maßnahmen vor:

Kultursaal:

Im Kultursaal werden die vom Sachverständigen festgestellten Risse im Fußboden vergossen und eine Dehnfuge zwischen dem beheizten und unbeheizten Estrichbereich eingearbeitet. Abschließend wird der gesamte Parkettboden abgeschliffen und neu versiegelt.

Foyer:

Im Foyer wird der gesamte Estrich inkl. Fußbodenheizung ausgebaut und mit vorgesehenen Dehnfugen wieder neu eingebracht. Als Oberbelag wird wie bisher auch ein Fliesenbelag eingebaut.

Flur vom Foyer zur Küche und Flur oberhalb der Tribüne:

In beiden Fluren wird der gesamte Estrich inkl. Fußbodenheizung ausgebaut und mit vorgegebenen Dehnfugen wieder neu eingebracht. Als Oberbelag wird in diesen Bereichen wie bisher auch ein Anstrich vorgesehen.

Sämtliche Arbeiten werden von einem Gutachter, der von der Gemeinde beauftragt aber von den Beklagten bezahlt wird, begleitet und freigegeben.

Die Kosten für sämtliche begleitenden Maßnahmen, wie zum Beispiel Staubschutz, werden von den Beklagten organisiert und kostenmäßig getragen.

Ab dem Tag der Abnahme der Sanierungsarbeiten beträgt die neue Gewährleistungsfrist 2 Jahre.

Sämtliche Kosten für die Sanierung werden von den Beklagten bezahlt. Die Gerichtskosten und die Kosten für den hierfür bestellten Sachverständigen muss die Gemeinde zu 42,5 % tragen. Diese noch nicht endgültig bekannten Kosten werden jedoch von der Rechtsschutzversicherung der Gemeinde übernommen.

Die Gemeinde Gomaringen erhält für den Nutzungsausfall in den vergangenen Jahren, sowie für dieses Jahr, einen einmaligen Betrag in Höhe von 12.000,00 €.

Die Sanierung erfolgt in der Zeit vom 11.07. bis 10.09.2016. Für jeden Tag des Verzugs erhält die Gemeinde eine Entschädigung in Höhe von 100,00 €.

Zur zeitlichen Abstimmung der Arbeiten, auch bezüglich des Ein- und Ausräumens sowie der Endreinigung, findet am 30.05.2016 ein erster Abstimmungstermin in der Sport- und Kulturhalle statt.

Das Gremium nahm die Information zur Kenntnis.

Unterbringung von Flüchtlingen

Aufgrund der Pressemitteilung des Landratsamtes zur aktuellen Flüchtlingssituation im Landkreis informieren wir über die aktuelle Entwicklung auch in Bezug auf die Flüchtlingsaufnahme in Gomaringen.

In den vergangenen Wochen hat der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland kontinuierlich abgenommen. Somit sind auch die Zugänge nach Baden-Württemberg, wie auch in der vorläufigen Unterbringung der zuständigen Landratsämter gesunken. Beim Landkreis Tübingen lag die Aufnahmeverpflichtung für März 2016 noch bei 286 Personen, im April 2016 bereits bei 136 Personen und im Mai aktuell nur noch bei 11 Personen.

Die Zahl der Verfahrensabschlüsse hingegen steigt an. Somit steigt auch die Zahl der Auszüge der bereits im Landkreis lebenden Flüchtlinge aus den staatlichen Unterkünften des Landratsamtes.

Auch das Regierungspräsidium Tübingen passt die Erstaufnahme von Flüchtlingen der veränderten Zugangssituation an. Das Land Baden-Württemberg verfügt über freie Plätze in den Erunterbringungen.

Durch die geplante Übernahme der Erstaufnahmestelle (neben dem LRA) des Regierungspräsidiums durch das Landratsamt Tübingen werden dort erhöhte Kapazitäten für die vorläufige Unterbringung geschaffen und dadurch die weiteren Unterbringungen des Landratsamtes entlastet. Es müssen noch kleinere Umbaumaßnahmen für die großzügigere Belegung und Einrichtung von Kochgelegenheiten erfolgen. Diese werden voraussichtlich im Juni 2016 abgeschlossen sein und so können dort vom Landratsamt 125 Personen untergebracht werden.

Auch die Städte und Gemeinden sollen nun entlastet werden. Der Landkreis wird in seinen Unterkünften die engere Belegung nach und nach wieder auf 7 m² pro Person erhöhen. Die kleinen

Unterkünfte in den Gemeinden und Städten können voraussichtlich seitens des Landkreises den Gemeinden zur Anschlussunterbringung angeboten werden.

Der Landkreis stellt solange der Trend anhält die Schaffung oder Anmietung weiterer Wohnplätze soweit möglich zurück.

Planungen für den Bau neuer Unterkünfte werden vorläufig auf Eis gelegt und noch nicht vollzogene Umbauten bestehender Gebäude zurückgestellt. So auch in Gomaringen die Lindenstraße bzw. Hechinger Straße.

Vorläufig werden keine neuen Gebäude angemietet. Die Flüchtlingsunterkünfte „Turnhalle Offerdingen“ und „Kreissporthalle“ werden aufgegeben.

Falls wieder erwarten die Entwicklung der Zugangszahlen zunimmt, hält sich der Landkreis Notreserven wie beispielsweise die aktuell noch als Gemeinschaftsunterkunft genutzte Kreissporthalle in Tübingen vor.

Da der Landkreis und das Regierungspräsidium Tübingen klar verdeutlicht haben, dass die aktuellen Zahlen im Bereich der Flüchtlingsunterbringung momentan weiter zurück gehen wird auch die Gemeinde Gomaringen derzeit keine weiteren Häuser und Wohnungen zum Zweck der Flüchtlingsunterbringung anmieten oder kaufen.

Allerdings wurden bei dieser Berechnung die Lindenstraße 57 mit insgesamt 6 Plätzen und die Hauptstraße 9 mit 5 Plätzen nicht mit eingerechnet. Dann hätten wir eine Überbelegung von 8 Plätzen.

Da diese Maßnahmen nun erstmal auf Eis gelegt wurden, haben wir bei einer Quote von 44 Personen für das Jahr 2016 mit unseren bisherigen Unterkünften und den im Eigentum der Gemeinde stehenden Gebäuden und einer Belegung von 7 m² pro Person nach derzeitiger Hochrechnung ein Defizit von 3 Plätzen.

Auch die Planungen bei der Schuppenanlage in der Mozartstraße sollen vorerst ruhen.

Aktuell wurde noch keine weitere Unterkunft (Gotthold-Kindler-Straße, Lindenstraße, Rathausstraße, Roßbergstraße) belegt, allerdings stehen wir hier bereits in Kontakt mit dem Landratsamt Tübingen, um Personen zur Anschlussunterbringung zugewiesen zu bekommen.

Bei der Lindenstraße 57 handelt es sich um Büroräume, weshalb hier eine Nutzungsänderung für die Unterbringung von Flüchtlingen notwendig wäre. Hierzu sind allerdings einige Umbaumaßnahmen notwendig.

Alternativ könnte auch das Notariat von der Mozartstraße 3 in die Lindenstraße 57 umziehen, sodass die Mozartstraße 3 bei Bedarf für die Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung stehen würde. Hier wäre eine Unterbringungskapazität von 15 Personen möglich, wohingegen in der Lindenstraße 57 lediglich 6 Personen untergebracht werden könnten.

In Bezug auf die vorläufige Unterbringung des Landkreises auf den Flächen Hechinger Straße (Raummodul) und Lindenstraße (Container) haben wir die Rückmeldung des Landratsamtes erhalten, dass hier vorerst kein Raummodul aufgebaut oder Container gestellt werden sollen. Dies würde sich der Landkreis allerdings gerne weiterhin offen halten, da momentan die Flüchtlingszahlen zwar rückläufig sind jedoch sollte eine Änderung der momentanen Situation eintreten sollten die Flächen weiterhin hierfür zur Verfügung stehen.

Die Gemeinde hat deshalb die Möglichkeiten des Baus bzw. der Anmietung der Räumlichkeiten durch die Gemeinde Gomaringen bei der Kreisbaugesellschaft angefragt. Insgesamt wurden vier verschiedene Varianten für die Hechinger Straße 26, 26/1, Flurstück 3342/3 und 3379 angeboten.

Da die Planungen bezüglich einer möglichen Flüchtlingsunterbringung in der Lindenstraße nicht so weit wie in der Hechinger Straße vorangeschritten sind, kann heute auch lediglich die Hechinger Straße beraten werden.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen mit den rückläufigen Flüchtlingszahlen soll hier vorerst keine Variante in Anspruch genommen werden.

Der Gemeinderat fasste nachstehenden Beschluss einstimmig:

Die Gemeinde wird keine der von der Kreisbaugesellschaft angebotenen Varianten für das Grundstück Hechinger Straße 26 und 26/1, Flurstücke 3342/3 und 3379 annehmen, da die aktuellen Flüchtlingszahlen rückläufig sind.

Änderung der Richtlinien über die Verleihung der Plakette über besondere Leistungen in Sport und Kultur

Bisher gab es zwei verschiedene Sportplaketten. Die Plakette für Einzelsportler wurde in der Größe 90 mm Durchmesser hergestellt, die für Mannschaften in der Größe 65 mm Durchmesser.

Die Plaketten wurden nebst Urkunden in einem blauen Etui an die zu Ehrenden überreicht. Inzwischen entstand die Idee, die Übergabe dahingehend zu ändern, dass sie in Zukunft den zu Ehrenden umgehängt werden können.

Die Plakette in der Größe 90 mm ist allerdings zu groß und zu schwer um umgehängt zu werden. Die Verwaltung kam deshalb zur Entscheidung, nur noch die Größe 65 mm Durchmesser mit angelöteter Öse und rot/weißer Halskordel herstellen zu lassen.

Die Änderungen in Bezug auf die Voraussetzungen für die Verleihung der Sportplakette wurden erweitert, da im Laufe der Zeit bei den Meldungen der Platzierungen vermehrt Erfolge bei diesen Meisterschaften erzielt wurden.

Nach Rückmeldung aus den Fraktionen besteht der Wunsch, dass Plakette und Urkunde an alle Sportler, also auch wieder an Erwachsene verliehen wird.

Dies wurde bis 2010 so gehandhabt. Im Jahr 2011 wurde aufgrund des Sparhaushalts erstmals auf eine Medaillenvergabe verzichtet. Da dies aber zu Enttäuschungen bei der Sportlerehrung 2011 geführt hat, wurde für das Haushaltsjahr 2012 beschlossen, dass für die Kinder und Jugendlichen wieder Medaillen ausgegeben werden, bei den Erwachsenen blieb es bei den Urkunden. Dies wird nunmehr seit 2012 so praktiziert (vgl. hierzu die Vorberichte des jeweiligen Haushaltsplans beim Einzelplan 5 – Gesundheit, Sport, Erholung.).

Um die entstehenden Kosten auszugleichen, soll in Zukunft auf den Namen des Geehrten auf der Rückseite der Plakette verzichtet werden, da hier pro Buchstabe 0,60 € zzgl. MwSt. berechnet werden. Außerdem sind die dazugehörigen Urkunden personalisiert.

Unter der Nr. 9 wird der Bereich „Kultur“ etwas weiter ausgeführt, damit verständlicher wird, für welche Gebiete eine Plakette verliehen wird.

Der Gemeinderat fasste nachstehenden Beschluss einstimmig:

Die in der Anlage 1 beigefügte Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über die Verleihung der Plakette über besondere Leistungen in Sport und Kultur wird beschlossen.

Einmalige Übertragung von Zuständigkeiten auf den Bürgermeister

Laut Hauptsatzung der Gemeinde Gomaringen wurden dem Verwaltungs- und Finanzausschuss die Ernennung, Einstellung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beamten bis einschließlich Besoldungsgruppe A 8 und von Beschäftigten der Vergütungsgruppen TVöD EG 7 und EG 8 bzw. S 7 und S 8, soweit es sich nicht um Aushilfsangestellte handelt, übertragen. Dem Bürgermeister wurden die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtlichen Entscheidungen von Beschäftigten der Vergütungsgruppen TVöD EG 1 bis EG 6 bzw. S 1 bis S 6, Aushilfsangestellten, Beamtenanwärtern, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen, zur Erledigung dauernd übertragen. Für alle sonstigen personalrechtlichen Entscheidungen liegt die Zuständigkeit beim Gemeinderat.

Aufgrund der Tarifänderungen im Tarifvertrag Sozial- und Erziehungsdienst und der damit verbundenen Überleitung aller Erzieher/innen von Entgeltgruppe S 6 in Entgeltgruppe S8a ging die Zuständigkeit der Einstellung von Erzieher/innen automatisch nach der aktuellen Hauptsatzung vom Bürgermeister auf den Verwaltungs- und Finanzausschuss über. Dies soll im Zuge der Änderung der Hauptsatzung aufgrund der Änderung der Gemeindeordnung wieder nach der aktuellen Zuständigkeit des Bürgermeisters angepasst werden.

Für die neue Kleinkindgruppe im Kindergarten Linsenhof wurde die Stellenausschreibung am 13. Mai 2016 veröffentlicht. Die Bewerbungsfrist läuft bis einschließlich Freitag, 3. Juni 2016.

Durch die Änderung der Gemeindeordnung muss die Sitzungsvorlage für die Gemeinderatssitzung am 21. Juni 2016 bereits am 10. Juni 2016 versendet werden. Für die Beantragung der neuen Betriebserlaubnis ist ein Abschluss des Bewerbungsverfahrens noch im Juni zwingend notwendig. Da es innerhalb einer Woche nicht möglich ist die Bewerbungen zu sichten und die Vorstellungsgespräche durchzuführen schlägt die Verwaltung vor, die Zuständigkeit der Einstellung einmalig auf den Bürgermeister zu übertragen.

Nach § 44 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) können dem Bürgermeister einzelne Angelegenheiten durch einfachen Gemeinderatsbeschluss übertragen werden. Da es sich hierbei um keine dauerhafte Übertragung einer Zuständigkeit handelt, ist ein einfacher Beschluss des Gemeinderates ausreichend.

Der Gemeinderat fasste nachstehenden Beschluss einstimmig:

Der Gemeinderat Gomaringen überträgt die Einstellung von einer stellv. Einrichtungsleitung sowie Erzieher/innen bzw. Kinderpfleger/innen, insgesamt 2,70 Stellen, für den Kindergarten Linsenhof einmalig auf den Bürgermeister.

Resolution des Gemeinderats der Gemeinde Gomaringen zu Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA

Wir nehmen Bezug auf den Antrag der Grünen Liste.

Nach § 34 GemO kann auf Antrag eines Sechstels der Gemeinderäte ein Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung genommen werden. Es muss sich hierbei allerdings um Verhandlungsgegenstände handeln, die zum Aufgabengebiet der Gemeinde gehören.

Zur Grünen Liste gehören drei Mandatsträger. Der Gemeinderat von Gomaringen besteht insgesamt aus 17 Gemeinderäten und dem Bürgermeister, also 18 Personen. Ein Antrag kann entsprechend gestellt werden.

Weitere Voraussetzung ist, ob diese Entscheidung zum Aufgabengebiet der Gemeinde gehört und damit auch der Entscheidungskompetenz der Gemeinde obliegt. Dies wird unterschiedlich gewichtet.

Grundsätzlich darf ein Freihandelsabkommen (hier TTIP und CETA) nicht die kommunale Daseinsvorsorge einschränken. Aus diesem Grund unterstützt der Gemeindetag Baden-Württemberg das Gemeinsame Positionspapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und den kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP).

Deshalb schlägt die Gemeindeverwaltung vor, dass sie vom Gemeinderat beauftragt wird, die kommunalen Spitzenverbände schriftlich aufzufordern ihren Einfluss zum Wohl der kommunalen Ebene einzubringen.

Der Gemeinderat fasste nachstehenden Beschluss mehrheitlich:

Die Resolution zu den Handelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA (siehe Anlage 4 zur Vorlage Nr. 2016/074) wird den Mandatsträgern im Land, Bund und dem Europäischen Parlament, sowie dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg und den kommunalen Spitzenverbänden bekannt gegeben und gebeten dies in die weiteren Verhandlungen einfließen zu lassen.